

An den  
Integrationsrat Tübingen

---

Sehr geehrte Damen und Herren im Integrationsrat,

einem Bericht im Schwäbischen Tagblatt entnehme ich, dass Sie Kritik an der Darstellung des Verlaufs des Modellversuchs „Öffnen mit Sicherheit“ durch die Stadtverwaltung haben. Leider liegt mir hierzu kein Schreiben des Integrationsrates vor, so dass sich meine Antwort nur auf den vorgenannten Pressebericht beziehen kann.

---

Anlass der Kritik soll folgender Absatz sein aus einem Bericht an das Sozialministerium des Landes: „Am Sonntag, 29. März, waren viele auswärtige Gäste im Stadtzentrum, darunter viele relativ junge Menschen und Männergruppen mit Migrationshintergrund, die keine Bereitschaft zeigten, die Masken- und Abstandsregeln zu beachten.“

Das Tagblatt berichtet, der Integrationsrat kritisiere, es werde „reflexartig nach Schuldigen gesucht“. Es heiße, diese kämen von „außerhalb“ und würden sich nicht an die Pandemieregeln halten. „Eine einzelne Gruppierung – hier die Touristen – zur Verantwortung zu ziehen, ist falsch“, so der Integrationsrat. Das Modell sei bundesweit „beworben“ worden. „Zur Folge hatte diese mediale Aufmerksamkeit, dass zu viele Menschen in die Stadt kamen.“

Zunächst ist die Frage zu klären, ob die kritisierte Schilderung zutrifft oder nicht. Die Pandemiebeauftragte Dr. Lisa Federle hat sich am fraglichen Sonntag nach einem Aufenthalt in der Stadt an mich gewandt und den Eindruck geschildert, den der Text wiedergibt. Ich habe mich auch persönlich durch einen Stadtrundgang davon überzeugt, dass diese Schilderung korrekt war. Viele Auswärtige, auch erkennbar an überall falsch parkenden Autos mit entsprechenden Kennzeichen, eine geringe Maskenquote, viele Menschen mit südländischem Aussehen und hier besonders Männergruppen. Ich halte also an der Schilderung des Sachverhaltes fest.

Bleibt die Frage, ob die Art der Darstellung falsch sein könnte. Im Bericht des Tagblatts heißt es: Auch gegen die Formulierung „junge Menschen und Männergruppen mit Migrationshintergrund, die keine Bereitschaft zeigten, die Masken- und Abstandsregeln zu beachten“ wendet sich der Rat. „Eine solche Wortwahl in einem offiziellen Bericht der Verwaltung erweckt den Eindruck, dass

womöglich eben diese Gruppe der Stadtgesellschaft den Erfolg des Modells gefährdet.“ Eine solche Aussage spalte und polarisiere in einer Zeit, die für eine solche Gefahr anfällig sei.

Die Behauptung, es würden Schuldige gesucht, kann ich im Text nicht erkennen. Dort wird keine Verantwortung zugewiesen, es werden objektiv prüfbare Fakten dargelegt und Probleme beschrieben, die in der Folge gelöst wurden. Nämlich durch den intensiven Einsatz von Kontrollpersonal zur Durchsetzung der Maskenpflicht und den Ausschluss von Auswärtigen vom Zugang zum Tübinger Tagesticket. Der Hinweis, dass die Corona-Schutzregeln weitaus häufiger mit Männergruppen mit Migrationshintergrund missachtet wurden und werden, ist sachlich belegbar und schlägt sich in der Statistik unmittelbar durch einen deutlich erhöhten Anteil an den Infizierten nieder, wie auch das RKI bestätigt hat.

Ihre Kritik scheint mir daher auf einem weit verbreiteten Irrtum zu beruhen: Integration erreicht man nicht, indem man Probleme und Unterschiede verschweigt. Vielmehr können nur offen benannte Probleme auch bearbeitet werden.

Das gilt auch für die folgende Kritik, die ich dem Tagblatt-Bericht entnehme:

Palmer schrieb zudem davon, dass es einen „Ausbruch in der Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete“ gab. Laut Integrationsrat sprach er im ZDF davon, dass dieser Ausbruch „hinter Stacheldraht“ stattgefunden habe. Der Integrationsrat weist darauf hin, „dass es auch unter dem Personal dieser Flüchtlingsunterkunft Corona-Infizierte“ gegeben habe. Die Frage sei, warum die dort tätigen und untergebrachten Menschen nicht frühzeitig die Möglichkeit bekommen hätten, geimpft zu werden“, da man doch wisse, wie schnell sich das Virus beispielsweise in Alten- und Pflegeheimen ausgebreitet habe. Zudem stelle sich die Frage, welche Bedeutung der Stacheldraht im Zusammenhang mit dem Coronaausbruch in der Erstaufnahmestelle habe. „Die Landeserstaufnahmestelle ist – wie es der Stacheldraht vielleicht vermuten lässt – kein Gefängnis, sondern eine Erstaufnahmestelle für besonders schutzbedürftige Geflüchtete.“ Diese hätten wie alle anderen nicht Quarantänepflichtigen das Recht, „raus und in die Stadt zu gehen“. Das Wort „Stacheldraht“ kriminalisiere.

Hier ist wieder die Frage zu klären, ob der Sachverhalt korrekt dargestellt ist. Ich war kürzlich vor Ort und habe dabei erkannt, dass das Gelände zwar komplett umzäunt ist, aber nur mit einem Übersteigschutz und nicht mit Stacheldraht. Diesen Fehler in der Darstellung bitte ich zu entschuldigen, auch wenn Sie ihn gar nicht angesprochen haben. In einer Live-Situation im TV ist nicht immer jedes Wort 100 Prozent korrekt.

Alles andere ist aber zutreffend. Es gab einen großen Ausbruch in der Landeserstaufnahmestelle und dieser wurde vom Landratsamt als klar abgrenzbar eingestuft, so dass er bei der Berechnung der Inzidenz ausgeklammert werden konnte. Nur darum ging es. Dieser Ausbruch hat nichts mit dem Modellversuch zu tun, denn auch wenn die Geflüchteten die Einrichtung verlassen können, kaufen Sie nicht bei Zinser ein, besuchen keine Vorstellung im LTT oder gehen in die Würstküche zum Essen, da sie dafür kein Geld erhalten.

Die von Ihnen kritisierten Wertungen habe ich allesamt gar nicht gemacht. Es wird Geflüchteten keine Schuld zugewiesen, sondern der Grund benannt, warum ein Infektionsgeschehen klar abgrenzbar ist. Noch deutlicher als durch einen Zaun kann es gar nicht abgegrenzt sein, und nur deshalb habe ich diesen erwähnt. Das Erkenntnisinteresse der Fragesteller war, wie der starke Anstieg der Inzidenz in Tübingen zu erklären ist, und nicht, welche Rolle Geflüchtete dabei spielen. Und so habe ich geantwortet.

Erneut scheinen Sie dem Irrtum zu erliegen, jedes Problem, das im Zusammenhang mit Geflüchteten entsteht, könne nicht thematisiert werden, ohne negative Effekte auf die Integrationsfrage zu evozieren. Auch hier ist das Gegenteil richtig. Das wird sogar an Ihrem Text erkennbar, denn Sie beschreiben selbst ein Problem (Unterbringung vieler Menschen auf engem Raum) und schlagen dafür eine Lösung vor (Impfung). Würden Sie das Problem nicht nennen, würde der Lösungsvorschlag keinen Sinn ergeben.

Der Unterschied ist nur, dass Sie die Schuld der Mehrheitsgesellschaft zuweisen, die für Unterbringung und Nichtimpfung verantwortlich ist. Eine solche einseitige Rollenverteilung führt zur Spaltung einer Gesellschaft. Wenn an Problemen immer die Mehrheitsgesellschaft schuld ist und jede Kritik an Minderheiten per se als unstatthaft zurückgewiesen wird, untergräbt das die Integrationsbereitschaft der Mehrheit und den Leistungswillen der im kritikfreien Schonraum lebenden Minderheiten.

Ganz konkret ist die Forderung, Asylbewerber sollten wegen ihrer Unterbringung bevorzugt geimpft werden, mit Nachdruck zurückzuweisen. Im konkreten Fall sind viele Kinder in der Einrichtung, für die es gar keinen zugelassenen Impfstoff gibt. Und die überwiegend jungen Frauen in der Einrichtung haben ein sehr geringes individuelles Risiko an Corona schwer zu erkranken. Impfstoff für diese Gruppe einzusetzen, hieße, den Tod von hochaltrigen Menschen in Kauf zu nehmen, die dann nicht rechtzeitig geimpft werden könnten. Das ist ethisch inakzeptabel und zeigt, dass eine einseitige Orientierung politischen Handelns am Benachteiligungsindex fiktiver Gruppenidentitäten nicht begründbar ist.

Als Integrationsrat hat der Gemeinderat Ihnen die Aufgabe übertragen, die Stadt in Integrationsfragen zu beraten. Dafür wäre es sicher hilfreich, Sie würden den direkten Kontakt mit der Stadtverwaltung suchen. Der in der Pressemitteilung erkennbaren Erwartung, die Stadtverwaltung solle im Sinne einer political correctness klar erkennbare Sachverhalte nicht mehr benennen, wenn dabei Kritik an Verhalten von Menschen mit Migrationshintergrund enthalten ist, werde ich nicht entsprechen können, weil ich dies für eine Methode halte, die zur Spaltung einer Gesellschaft führt.

Gerne würde ich Ihren Rat hören, wie wir der Ausbreitung des Coronavirus in einigen migrantischen Milieus besser begegnen können oder wie damit umzugehen ist, dass Tagestickets ganz gezielt an Menschen mit landsmannschaftlichen Verbindungen ausgegeben wurden, ohne den vorgeschriebenen Test durchzuführen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der unter jungen Migranten verbreiteten Auffassung, es sei „alman“, sich an Regeln zu halten, und der Ausbreitung

des Coronavirus in diesen Milieus. Diesen Zusammenhang aufzuhellen und Lösungen dafür zu finden, wäre verdienstvoll und ich bedarf hier dringend Ihres fachkundigen Rates.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Boris Palmer', written in a cursive style.

Boris Palmer  
Oberbürgermeister